

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/1050/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	29.11.2022
Antragsteller*in:	CDU/FDP/BfM	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr.: Politische Bildung & Medienbildung

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Universitätsstadt Marburg mit der Oberhessischen Presse ein Print- und Digital-Abo zu vereinbaren und dieses dann unverzüglich allen Marburger Schulen kostenfrei anzubieten.

Begründung

Medien bestimmen unseren Alltag. Sie beeinflussen, was wir wissen, was wir für wichtig halten, was wir uns wünschen. Gleichzeitig entwickelt sich die Medienwelt rasant und ist kaum zu überschauen. Eine mündige und verantwortungsvolle Mediennutzung setzt eine stetig wachsende Medienkompetenz voraus, deren Grundlagen bereits im Schulunterricht geschaffen werden sollten. Daher sind Medienbildungskonzepte inzwischen ein integraler Bestandteil der Schulprogramme. Im Rahmen einer liberalen Demokratie haben die Medien eine zentrale demokratische Funktion. Aus dieser Perspektive ist es wichtig, den barrierefreien Zugang zu journalistischen Inhalten zu fördern und zu ermöglichen. Bis zum 31.10.2022 hatte die OP den Marburger Schulen ein ABO geschenkt. Leider konnte dieses Angebot nicht mehr verlängert werden und damit fällt die Möglichkeit zum „Zeitungslesen“ inzwischen leider weg. Es wäre daher wünschenswert, wenn der Magistrat entsprechend eingreift und den Schulen ein Print- und Digital-Abo ermöglicht.

Michael Selinka

Jens Seipp

Dirk Bamberger

Anlage/n

Keine